

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Eine präventive Ausrichtung der Jugendhilfe fordern Ralf Walter MdB und Dr. Edith Niehuis MdB.

Seite 1

Eine für die Realisierung ihrer Aufgaben hinreichende Finanzausstattung für die Städte, Gemeinden und Kreise verlangt Brigitte Schulte MdB.

Seite 4

Eine Agrarmarkordnung, die einen fairen Banan Handel ermöglicht, fordert Brigitte Adler MdB.

Seite 5

### Dokumentation

In seinem Aufruf zum 1. Mai unterstreicht das SPD-Präsidium: Deutschland braucht eine entschlossene Kurskorrektur. Wortlaut

Seite 6

49. Jahrgang /81

28. April 1994

### Die Jugendhilfe muß präventiv ausgerichtet werden Junge Menschen nicht länger vernachlässigen

Von Ralf Walter MdB

Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und  
Dr. Edith Niehuis MdB

Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend

Jugendpolitik muß eine konzeptionell und langfristig angelegte Politik sein. Deshalb griff die SPD-Bundestagsfraktion vor zwei Jahren erstmalig mit ihrem Projekt Jugenddialog eine vielfach gemachte Anregung zur Einrichtung eines regelmäßig tagenden Diskussionsforums zum Thema Jugendpolitik auf. An den vier seitdem stattgefundenen Treffen nahmen neben den sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern Sachverständige aus Wissenschaft, Verbänden und Verwaltungen teil. Zweck dieses Forums war und ist es nicht nur, fachliche Kompetenz von außen in den Prozeß der Politikformulierung einzubeziehen, sondern dadurch auch zu Formen konzeptioneller und langfristig angelegter Politik zu gelangen, die sich von der amtierenden Bundesregierung in positiver Weise unterscheiden sollten.

Seit Jahren findet unter der Regierung Kohl keine Gesellschaftspolitik mehr statt. Es wird nur noch administrativ reagiert, um anfallende Schäden so gut wie möglich in Grenzen zu halten. Zu dieser Politik sollte eine sachlich fundierte Gegenposition aufgebaut werden, in deren Mittelpunkt nicht ein hilfloses Reagieren auf soziale Eklat steht, sondern das Prinzip der Prävention.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand immer wieder die Krise der Jugendhilfe nach der deutschen Einigung, die sich vor allem in der "Verstumung der Jugendarbeit in den neuen Ländern" ausdrückte, wie Professor Hans-Uwe Otto (Universität Bielefeld) es formulierte. Gerade hier, wo nach dem gesellschaftlichen Umbruch von 1989 vielfach nicht nur die Strukturen, sondern auch jegliche gesellschaftliche Orientierung mit einem Mal wegbrach, wurde es versäumt, den davon besonders betroffenen Jugendlichen notwendige Angebote zu einer solidarischen Verarbeitung dieser Erfahrungen zu unterbreiten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 32,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Perwächter-Umzug  
mit vermehrter Rohmaterialien  
Recycling-Papier



Handlungsbedarf besteht heute allenthalben. Die sich vor allem durch Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot immer weiter verschärfende gesellschaftliche Krise hat längst auch in den alten Ländern die Jugendhilfe in Mitleidenschaft gezogen. Dazu trägt auch eine zu guten Stücken auf dem Rücken der Länder und Gemeinden ausgetragene Krise der staatlichen Finanzen bei.

Kinder- und Jugendliche dürfen von der Politik nicht weiter vernachlässigt werden! Denn dies kann sich ein Staat nur bei Strafe der langfristigen Gefährdung seiner Grundlagen erlauben.

Thesen zum Jugenddialog:

In der Jugendhilfe muß das Prinzip pluraler Trägerschaft und subsidiärer Strukturen verstärkt werden: Selbsthilfe geht vor Fremdhilfe, Vereine und Initiativen haben Vorrang vor staatlichem Engagement, das Jugendamt soll in erster Linie koordinieren, anregen und zielgerichtet fördern, sodaß sich die staatliche Leistung sinnvoll mit der Erfahrung der Selbstorganisationen ergänzt.

Selbstorganisation vor allem der Jugendlichen selbst muß durch eine bessere Förderung des ehrenamtlichen Engagements angeregt und ermutigt werden. Eine Stärkung der Regelförderung vor allem im Rahmen der freien Jugendhilfe muß Vorrang haben vor den immer zahlreicheren Sonderprogrammen.

Die Jugendhilfe muß präventiv ausgerichtet sein. Nur so werden die bereitstehenden Mittel wirklich effizient verwendet, denn eine den jugendpolitischen Brennpunkten hinterherhetzende Politik verzichtet nicht nur auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten; indem sie erst auf den Schaden reagiert, verzichtet sie auf dessen präventive Vermeidung. Jugendpolitik ist in der Schadensbegrenzung auch häufig überfordert.

In dieser Situation sehen wir die Gefahr einer Zwei-Klassen-Jugendhilfe: Zum eine offene, an den Bedürfnislagen von Normalbiographien ansetzende Angebote mit erlebnispädagogischem Outfit und zum anderen Formen von betreuender Verwahrung für eine wachsende Minderheit von Problem- und Randgruppen mit einer Beschränkung auf Minimalstandards.

Jugendarbeit ist noch immer vorwiegend Jungenarbeit: Mädchen finden sehr viel weniger öffentliche und politische Beachtung. Dies entspricht der Benachteiligung in einem Ausbildungssystem, das die Lebensläufe zum Nachteil von Mädchen vorstrukturiert. Durch die tradierte Zuständigkeit für Familie und Kinder sowie die mangelhaften Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Beruf und Familie wird dieses weiter verstärkt. Daraus ergeben sich auch schwerwiegende Nachteile für die individuelle Erwerbsbiographie sowie die Alterssicherung.

Die Lebensbedingungen von Jugendlichen in Ost und West werden sich nicht kurzfristig angleichen lassen. Hier gilt es insbesondere, auf die Situation der "Vereinigungsverlierer" im Osten politisch zu antworten. Hierunter sind vor allem die Kinder von Alleinerziehenden sowie Jugendliche in besonders strukturschwachen Regionen zu verstehen, die von Arbeitslosigkeit und Armut besonders betroffen oder bedroht sind. Die Herstellung einheitlicher Verhältnisse in Deutschland bleibt in besonderem Maße eine Herausforderung an Jugendpolitik. Solange diese noch nicht bestehen, müssen Disparitäten sozialpolitisch aufgefangen werden.

Verbesserungsbedürftig ist auch weiterhin die Situation ausländischer Jugendlicher. Vor allem in ihrer Ausbildung sind sie gegenüber gleichaltrigen Deutschen benachteiligt, wobei hier die Benachteiligung von Mädchen häufig besonders ausgeprägt ist. (Die Ausbildungsbeteiligung von 40 Prozent bei ausländischen Jungen und nur 30 Prozent bei den Mädchen ist problematisch.)

Jugendpolitik ist Querschnittspolitik: Vor allem in der Bildungs-, Arbeitsförderungs- und Wohnungspolitik müssen sich die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker niederschlagen. Sie ist in umfassender Weise Sozialpolitik. Denn Kinder und Jugendliche sind von gesellschaftlichen Mißständen und Mängeln, vor allem der herrschenden Massenerbeitslosigkeit, in aller Regel am massivsten betroffen. Auch deswegen erheben wir die Forderung, daß sich ge

rade Sozialpolitik an bestimmtem gesellschaftlichen Standards und Notwendigkeiten orientieren muß und nicht am Imperativ der leeren Kassen.

Daraus ergeben sich die Notwendigkeiten

- \* die Förderung der Jugendarbeit zu verbessern, damit sie vielfältige und verlässliche Angebote für junge Menschen auf Dauer und in allen Bundesländern sicherstellt;
- \* die Jugendverbände zu unterstützen in ihrem Bemühen, Interessen und Bedürfnisse junger Menschen aufzugreifen und zu vertreten sowie Kinder und Jugendliche für eine gemeinsame Jugendarbeit zu gewinnen;
- \* das ehrenamtliche Engagement in Jugendverbänden anzuerkennen und zu fördern;
- \* die Rolle von Mädchen in der Jugendarbeit durch besondere Angebote und Modellprojekte zu fördern;
- \* den freien Zusammenschluß junger Menschen zu Selbsthilfegruppen anzuregen und zu unterstützen, um Alternativen zur institutionalisierten Jugendarbeit durch die Förderung von Eigeninitiative zu ermöglichen;
- \* der politischen Bildung im Rahmen der Jugendarbeit einen besonderen Stellenwert einzuräumen;
- \* durch Erhalt und Ausbau der Förderprogramme des Bundes den Aufbau einer demokratischen Struktur der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern voranzutreiben;
- \* die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes konsequent umzusetzen und darauf hinzuwirken, daß junge Menschen bei der Gestaltung ihrer Lebens- und Erfahrungsräume in angemessener Weise beteiligt werden;
- \* die Weiterentwicklung von Beratungs- und Hilfsangeboten in der Jugendhilfe offensiv zu fördern, dabei insbesondere dazu beizutragen, daß die Jugendämter in den neuen Ländern mit einer ausdifferenzierten fachlichen Struktur ausgebaut werden können, die sich an den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert;
- \* die Angebote für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen der Jugendsozialarbeit zu stärken;
- \* Kindertageseinrichtungen entsprechend dem bestehenden Bedarf einzurichten und zu erhalten;
- \* neue Formen des Wohnens für Jugendliche und junge Erwachsene zu entwickeln und zu fördern;
- \* den internationalen Jugendaustausch und das Kennenlernen anderer Sprachen und Kulturen auszubauen, Mobilität und Reisebereitschaft zu fördern, um das Zusammenwachsen Europas zu erleichtern, Vorurteile abzubauen und ein interkulturelles Lernen zu ermöglichen.

Sachverständige des Jugenddialogs waren unter anderem:

Professor Dr. Uta Maier, Deutsches Jugendinstitut München

Claudia Wallner, Institut für soziale Arbeit e.V., Münster

Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld

Professor Dr. Lothar Bönisch, TU Dresden

Ines Sprenger, Büro der Ausländerbeauftragten im Sozialministerium des Landes Brandenburg

Professor Dr. Wolfgang Kühne, Humboldt-Universität Berlin

Wolfgang Lenz, Forum 2000, Ev. Trägergruppe für gesellschaftliche Jugendbildung

Ronald Berthelmann, Deutscher Bundesjugendring

Peter Marquard, Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe  
Professor Dr. Hans-Uwe Otto, Universität Bielefeld  
Franz-Gerd Ottemeier-Glücks, HVHS Alte Molkerei Frille, Petershagen.

(-/28. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Kommunen in Ihrer Eigenverantwortlichkeit stärken**  
**Städte, Gemeinden und Kreise brauchen eine ihren Aufgaben entsprechende  
Finanzausstattung**

**Von Brigitte Schulte MdB**

**Vorsitzende des Gesprächskreises Kommunalpolitik der SPD-Bundestagsfraktion**

Bei aller Selbstverwaltungsautonomie, die die kommunale Ebene weitgehend unabhängig von Ländern und Bund machen will, greifen insbesondere die Bundesgesetze, die die Länder und Kommunen auszuführen haben und die den kommunalen Gebietskörperschaften Leistungen abfordern, zumindest aber personellen und sächlichen Aufwand verursachen, ungleich stärker als vielfach bewußt ist in den kommunalen Handlungsspielraum ein, ja sie verengen ihn bei ohnehin überwiegenden Pflichtaufgaben. Nicht nur im Osten gibt es Kämmerer, deren Haushalt für freiwillige Aufgaben, die eigentlich das "Tüpfelchen auf dem i" kommunaler Selbstverwaltung sind, kein Geld haben; viel schlimmer: sie können nicht einmal die Pflichtaufgaben bezahlen, obwohl sie das müssen!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb, daß

- o die Städte, Gemeinden und Kreise über eine ihren Aufgaben entsprechende Finanzausstattung verfügen können,
- o der Anspruch der kommunalen Gebietskörperschaften auf eine eigene nachhaltige konjunkturstable Realsteuer gesichert ist,
- o die Investitionszuschüsse für die kommunalen Gebietskörperschaften der fünf neuen Bundesländer, die Städte und Kreise zu unbürokratischer Vergabe investiver Bau- und Sanierungsaufträge befähigt, die positive Wachstums- und Beschäftigungsauswirkungen im örtlichen Wirtschaftsraum haben, wieder aufgelagt wird,
- o durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik auch Arbeitsplätze im kommunalen Aufgabenbereich zusätzlich geschaffen werden, um die Kommunen von den Sozialhilfeleistungen zu entlasten und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen,
- o durch eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaues und eine gerechtere Förderung des Wohneigentums die Wohnungsnot bekämpft wird,
- o die Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung volkswirtschaftlich sinnvoll an einem vorsorgenden Schutz der Gewässer, des Bodens und der Luftreinhaltung ausgerichtet wird sowie die notwendigen Gesetze für eine strikte Abfallvermeidung geschaffen werden,
- o die Kommunen bei der Bewältigung der wachsenden Verkehrsproblematik unterstützt werden; umweltfreundlichen und sicheren Verkehrsträgern ist dabei der Vorrang einzuräumen,
- o im Rahmen der Europäischen Union die erreichten Energiestandards nicht gefährdet werden; es ist auf die Partnerstaaten einzuwirken, das weitere Energiesparen vorrangig zu verfolgen,
- o die Kommunen auch in der Zukunft ihren Aufgaben in den Bereichen Kultur, Sport und Verbraucherschutz gerecht werden können,
- o alle rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, um die Integration der ausländischen Mitbürger durch Einführung des Kommunalwahlrechts und der Doppelstaatsangehörigkeit zu gewährleisten sowie die Ausländerfeindlichkeit und den Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, über die heutige Regelung zur Gestaltung von Vorblättern zu Gesetzesvorlagen hinaus sich selbst zu verpflichten, beim Kostenpunkt auf Vorblättern zu Gesetzesvorlagen auch eine Darstellung

der möglichen Auswirkungen des Entwurfs auf den kommunalen Bereich vorzunehmen; entsprechend wird die Bundesregierung aufgefordert, für die Einbringung ihrer Gesetzesvorlagen die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (Besonderer Teil - GGO II) zu ändern, welcher die obligatorische Anfertigung eines Vorblattes ebenfalls in der zuvor beschriebenen Form festlegen soll, ein Signal zu geben, das den in kommunaler Verantwortung stehenden in Ost und West deutlich macht: Der Bund stärkt die Kommunen in ihrer Eigenverantwortlichkeit.

(-/28. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Voraussetzungen für fairen Bananen-Handel schaffen**  
**Die neue Marktordnung hat die Situation der lateinamerikanischen Bauern extrem verschlechtert**

Von Brigitte Adler MdB

Seit dem 1. Juli 1993 ist die Bananenmarktordnung in Kraft. Die Situation der Bananenerzeuger in Lateinamerika hat sich seither dramatisch verschlechtert. Ein massives Überangebot von Bananen macht jetzt an den durch die Verordnung gestörten Bananenmärkten die Preise kaputt. Vor allem betroffen sind - wie könnte es anders sein - die kleinen Erzeuger, aber auch Plantagenarbeiter, die entlassen werden.

Die Situation in den AKP-Staaten, die durch die Verordnung eigentlich geschützt werden sollten, ist nicht besser. Auch sie leiden unter dem Preisverfall für Bananen. Hinzu kommen für die AKP-Erzeuger durch Währungsabwertung verursachte Erlösverluste. Sinkenden Erzeugerpreisen auf den Weltmärkten stehen damit deutlich steigende Verbraucherpreise in der EU gegenüber. Ein Phänomen, das aus der bisherigen Agrarpolitik der EU nur allzu deutlich bekannt ist.

Weitere negative Auswirkungen der Bananenmarktordnung lassen sich an den bisherigen Agrarmarktordnungen klar erkennen. Dies ist zum einen die Erzeugung und Konservierung ökonomisch, ökologisch und sozial problematischer Strukturen bei Erzeugung und Vermarktung. In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage "Negative Auswirkungen der Bananenmarktordnung auf den Bananenwekhandel" geht die Bundesregierung davon aus, daß die künftige Bananenerzeugung von steigendem Wettbewerbs- und Umstrukturierungsdruck geprägt sein wird, der die Bananenerzeuger zu ständiger Erhöhung ihrer Produktivität zwingen wird. Die ökologischen Folgen einer solchen Entwicklung sind gravierend.

Gleichzeitig wirkt sich der Umstrukturierungsdruck vor allem für die kleinen Erzeuger existenzbedrohend aus. Andere traditionelle Exporterzeugnisse, wie Kaffee, Kakao, Zucker oder Baumwolle stellen aufgrund ebenfalls niedriger Preise keine ernsthafte Alternative für die Bananenbauern dar.

Die soziale Problematik dieser Entwicklung wird auch durch das im Zusammenhang mit der Bananenmarktordnung vorgesehene "Programm für die Diversifizierung und Entwicklung der Erzeugung in bestimmten Bananenerzeugerländern Lateinamerikas" kaum aufgefangen werden können. Geradezu grotesk wirkt in diesem Zusammenhang die Befürchtung der Bundesregierung, durch dieses Programm könnten vorhandene effiziente und damit konkurrenzfähige Strukturen der Bananenwirtschaft aufgebaut werden.

Insbesondere für die kleinen Erzeuger werden die möglichen Alternativen bei der Erzeugung von Marktfrüchten immer weniger, die Abhängigkeiten immer größer. Es ist von zentraler Bedeutung, hier neue Märkte (zum Beispiel tropische Früchte, Produkte mit besonderen Qualitätsstandards, Faserpflanzen oder andere nachwachsende Rohstoffe) zu erschließen, auf denen die Bauern ihre Erzeugnisse zu angemessenen Preisen absetzen können. Da auf der anderen Seite gerade die kleinen Erzeuger nicht über die nötigen Mittel verfügen, dies zu leisten, müssen sie hier massive Unterstützung erfahren.

Zu den negativen Auswirkungen gehören aber auch die enormen Kosten, die durch Marktordnungsregelungen entstehen. Aufwendungen, die die Verbraucher tragen müssen, die aber nur

zu einem geringen Bruchteil bei denjenigen ankommen, denen die Maßnahme zugute kommen soll, in diesem Falle also den AKP-Erzeugern beziehungsweise den Erzeugern in den überseeischen Departements.

Es bleibt also festzustellen, daß die Bananenmarktordnung weder zur Erreichung eines Interessenausgleiches zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern noch zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung geeignet ist. Faire Erzeugerpreise für Bananen wie auch für andere landwirtschaftliche Exportprodukte aus den Entwicklungsländern sowie die umfangreiche Unterstützung der Erzeuger bei der Erschließung neuer Absatzmärkte könnten der weiteren Entwicklung eine neue, positive Richtung geben.

(-/28. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **SPD-Aufruf zum 1. Mai: Für eine entschlossene Kurskorrektur**

Das SPD-Präsidium hat folgenden Aufruf zum 1. Mai beschlossen.

Es bleibt dabei: Die überragende Aufgabe der Politik in diesem Jahr und in der vor uns liegenden Zeit ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Die Bundesregierung verschweigt und beschönigt die Lage. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland bleibt auf Rekordhöhe. In diesem Jahr ist ein neuer Höchststand zu erwarten.

Diese Lage ist für viele Menschen tief bedrückend. Sie erwarten von der Politik Antworten auf die Frage nach ihrer wirtschaftlichen Zukunft. Deutschland braucht eine entschlossene Kurskorrektur. Durch Erneuerung und Modernisierung müssen langfristig die Bedingungen für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden, durch aktive Arbeitsmarktpolitik muß die Massenarbeitslosigkeit zurückgedrängt werden. Wir brauchen wieder Wachstum. Die SPD will Wachstum erzeugen durch einen großen Innovationsschub, der ökologischen Wandel und Arbeitswelt miteinander verbindet.

Die amtierende Regierung hat unser Land in eine soziale Krise gestürzt. Sie hat Zusammenhalt und Solidarität zwischen den Gruppen verkümmern lassen. Die Lasten sind ungerecht verteilt. Das schürt Unzufriedenheit und Ängste. Wir werden auch in den nächsten Jahren große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Lebensbedingungen in Deutschland anzugleichen. Das wird nur gelingen, wenn die notwendigen Mittel solidarisch und sozial gerecht aufgebracht werden.

Solidarische und gerechte Politik ist auch gefragt, wenn wir Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land bekämpfen wollen. Alle demokratischen Kräfte müssen zusammenstehen und dafür kämpfen, daß unser Land auch seinen inneren Frieden wiederfindet.

Am 1. Mai 1994 werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in großer Zahl dem Aufruf der Gewerkschaften folgen und unter dem Motto 'Arbeit' für eine zukunftsorientierte, solidarische Politik demonstrieren. Wir fordern die Mitglieder der SPD auf, sich der gemeinsamen Wurzeln von Gewerkschaften und SPD bewußt zu sein und sich am 1. Mai an den Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaften zu beteiligen. Frauen und Männer aus allen gesellschaftlichen Gruppen, vieler verschiedener Nationalitäten und unterschiedlicher Glaubensrichtungen sollen an diesem Tag ein Zeichen setzen für ihren Wunsch nach einer anderen, besseren Politik, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert.

(-/28. April 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*